

Humboldts Begräbnis

Zehn Jahre Bologna-Prozess

Von **Wolfgang Lieb**

Am 19. Juni dieses Jahres jährt sich das wohl einschneidendste Ereignis der jüngeren europäischen Hochschulgeschichte zum zehnten Mal. An diesem Tag kamen 1999 im italienischen Bologna die Bildungsminister 29 europäischer Staaten zusammen, um die Mobilität der Studierenden im „europäischen Hochschulraum“ etwa durch vergleichbare Studienabschlüsse voranzutreiben. Das Ergebnis war die Verabschiedung der sogenannten Bologna-Erklärung, die bis heute von 46 Staaten unterschrieben wurde. Ihr Ziel sollte, neben der Verständlichkeit und Vergleichbarkeit von Hochschulabschlüssen, die Einführung eines zweistufigen (angelsächsischen) Studiensystems (Bachelor und Master) sowie die Förderung der Mobilität von Hochschulangehörigen sein. Seither haben sich die deutschen Hochschulen grundlegend verändert: Stand früher eine allgemeine wissenschaftliche Ausbildung im Vordergrund, so ist es heute die „Beschäftigungsfähigkeit“ der Studierenden. Zudem wurden die Strukturen der Hochschulen umgebaut, an die Stelle von Selbstverwaltung traten autokratische Leitungsstrukturen. Auf diese Weise wurden die Hochschulen zunehmend der demokratischen Gestaltungsmacht des Staates entzogen und einseitig auf den globalen Wettbewerb um die Einwerbung von Drittmitteln und Studiengebühren aus- und zugerichtet.¹

Dies heute zu diagnostizieren, bedeutet nicht, den vorangegangenen Zustand für sakrosankt zu erklären. Auch im ausgehenden 20. Jahrhundert waren unsere Hochschulen wahrlich nicht im besten Zustand. Es gab erheblichen Reform- und vor allem riesigen Investitionsbedarf. Aber ganz so schlecht können die staatlichen Hochschulen nicht gewesen sein, wenn etwa die als „Stachel im Fleisch“ gegründeten privaten Hochschulen in Deutschland, jedenfalls in der Breite, nie zu einer echten Konkurrenz aufsteigen konnten. Da gab es offenbar keine „Marktlücke“, dazu war das Studienangebot der staatlichen Universitäten und Fachhochschulen einfach zu gut. Trotz der Überfüllung der Hochschulen führte ein Studienabschluss jedenfalls in aller Regel zur Befähigung zur selbstständigen Bearbeitung von neuen Problemen mit wissenschaftlichen Methoden. Wenigstens dem Anspruch nach galt das Humboldtsche Prinzip der „Bildung durch Wissenschaft“.

1 Kritische Beiträge zur Ökonomisierung der Hochschulen finden sich in: Klemens Himpele und Torsten Bultmann (Hg.), Studiengebühren in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. 10 Jahre Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS): Rückblick und Ausblick, Marburg 2009.

Neoliberale Universitätsreformen als „schöpferische Zerstörung“

Heute gehört dies immer mehr der Vergangenheit an. Verstärkt durch die Abschaffung der Diplom-Studiengänge und über den Hebel der Einführung von gestuften Bachelor- und Masterstudiengängen finden sich vielfach reine Lernstudiengänge an den Hochschulen, in denen Wissen eingepackt und in zahllosen Klausuren schlicht reproduziert wird. Die Prinzipien der Wissenschaftlichkeit (fragende, kritische Haltung, Problem- und Methodenbewusstsein, Strukturierungsfähigkeit, Selbstständigkeit) und des forschungsorientierten Lernens, wie sie jüngst der Wissenschaftsrat² wieder reklamierte, wurden durch *workload* ersetzt – also durch das Arbeitspensum zum Erwerb von „Kreditpunkten“. Die „hohen Schulen“ werden mehr und mehr zu Lern-Fabriken, in denen die Masse der Studierenden durch ein Kurzstudium geschleust wird. Der Bachelor-Abschluss ist in der derzeitigen Ausgestaltung häufig nicht mehr als ein zertifizierter Studienabbruch und garantiert noch lange nicht, dass der Absolvent auf dem Arbeitsmarkt eine Verwendung findet. Der Übergang zu einem „wissenschaftlichen“ Master-Abschluss steht dagegen nur noch einem kleinen Teil der Studierenden offen.

Diese Entwicklung ist neu, war doch ein Diplom in Greifswald oder Siegen früher grundsätzlich genauso viel wert wie ein Abschluss in München oder Aachen. Inzwischen wird – auch durch die sogenannte Exzellenzinitiative der Bundesregierung – eine Hierarchisierung der Hochschullandschaft mit ganz unterschiedlicher Qualität der Hochschulen vorangetrieben. Viele der kleineren Hochschulen werden schon in wenigen Jahren zu mittelmäßigen „Colleges“ oder „Schools“ abgewirtschaftet sein. Statt, wie behauptet, die Internationalität des Studierens zu befördern, wird heute vielfach schon der Hochschulwechsel innerhalb Deutschlands zum Problem.

Die Hochschulen werden zum Zweck der Einwerbung zusätzlicher (privater) Mittel in Struktur und Funktion immer mehr an wirtschaftende Unternehmen angepasst. An die Stelle einer der Allgemeinheit verpflichteten demokratisch verantworteten Forschung und Lehre ist die „unternehmerische“ Hochschule getreten, die durch die Gesetze des Wettbewerbs auf dem Wissenschafts- und Ausbildungsmarkt gesteuert wird und wo der Wettbewerb die hergebrachten Strukturen „schöpferisch zerstören“ (Joseph Schumpeter) soll. Wesentliche Entscheidungen treffen (überwiegend extern besetzte) Hochschulräte, die, ohne irgendjemandem rechenschaftspflichtig zu sein, als eine Art Aufsichtsrat eine bisher nie gekannte „Fachaufsicht“ über die Hochschulen führen.

„Manager erobern die Kontrolle an den Unis“ schrieb das „Handelsblatt“ bereits 2007 völlig zu Recht,³ denn die externen Mitglieder der Hochschulräte kommen vorrangig aus Unternehmen und Unternehmensverbänden. Knapp die Hälfte der Hochschulratsvorsitzenden sind heute Vertreter der Wirtschaft. Gewerkschaften sind dagegen mit knapp 3 Prozent nur marginal vertreten.⁴

2 Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium, Berlin 2008.

3 Barbara Gillmann, Hochschulräte. Manager erobern Kontrolle an den Unis, in: „Handelsblatt“, 12.10.2007.

4 Jörg Bogumil, Rolf G. Heinze, Stephan Grohs und Sascha Gerber, Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument? Eine empirische Analyse der Mitglieder und Aufgabenbereiche, Bochum 2007, S. 44.

Im neu eingeführten „New Public Management“ sind an die Stelle der früheren kooperativen Hochschulleitungen Top-down-Managementstrukturen getreten mit einem „Vorstandsvorsitzenden“, der von der Spitze aus als „Arbeitgeber und Dienstherr“ des „Personals“ (ehemals Hochschullehrer genannt) in alle Bereiche des Unternehmens und bis hinein in die „Ausbildungsverhältnisse“⁵ (ehemals Studium genannt) durchentscheiden kann.

Nicht nur die angebliche Freiheit vom Staat wurde auf diese Weise durch autokratische Herrschaftsstrukturen erkaufte. Auch der wissenschaftsimmanente Leistungswettbewerb zwischen einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern um Wahrheit und wissenschaftliche Reputation innerhalb der *Scientific Community* wird heute vom selbstdarstellerischen Hochschul-Marketing überlagert. Das oberste Prinzip lautet, staatliche Mittel einzusparen und im Gegenzug auf dem Ausbildungs- und Drittmittelmarkt möglichst viel Geld zu erwirtschaften.

Von Humboldt zu Hayek

Wie aber kam es zum Paradigmenwechsel weg vom Humboldtschen Bildungsideal hin zum Hayekschen Glauben an die Überlegenheit der Markt- und Wettbewerbssteuerung? Dieser Wechsel im politischen Denkmuster kam nicht über Nacht, sondern ihm ging ein Wandel des gesellschaftspolitischen Leitbildes über mehr als ein Vierteljahrhundert voraus. Ausgehend von der Ära Thatcher, die mit dem Sieg bei den britischen Unterhauswahlen am 3. Mai 1979 begann, und der Kampfparole der Reagonomics „starve the beast“ (sprich: „Hungert den Staat aus“) folgend, kam es auch in Deutschland mit Helmut Kohls „geistig moralischer Wende“ zu einer gezielten Verarmung des Staates.

Auf dem Feld der Hochschulpolitik wurde die Phase des Hochschulausbaus durch eine rigide Sparpolitik gestoppt. Schon 1977 hatten die Länder den sogenannten Öffnungsbeschluss gefasst: Die Hochschulen sollten etwa ein Jahrzehnt lang eine „Überlast“ an Studierenden bei etwa gleich bleibendem Budget und stagnierendem Lehrpersonal akzeptieren, anstatt entsprechend den Notwendigkeiten steigender Studierendenzahlen ausgebaut und finanziert zu werden. Als Konsequenz daraus ist über die ganze Spanne von 1972 bis 2005 betrachtet die Studierendenzahl um fast das Dreifache, die Zahl der Professorinnen und Professoren dagegen nur um das 1,8fache angestiegen.⁶ Kamen 1972/73 an den Universitäten knapp 40 Studierende und weit unter 20 Studierende an den Fachhochschulen auf einen hauptberuflichen Professor, so waren es 2005/2006 über 60 an den Unis und knapp 40 an den FHs. In den Wirtschaftswissenschaften sind es derzeit 93 Studierende, in den Sozialwissenschaften gar 104 Studierende pro hauptberuflichem Professor.⁷ Die

5 So der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart: Die neue Hochschulfreiheit in NRW, in: Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Hochschulen auf neuen Wegen, 2008, S. 18-26.

6 Vgl. Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 24.

7 Vgl. ebd.

Betreuungsrelationen liegen damit weit unter dem internationalen Standard. Diese bereits in den ausgehenden 70er Jahren begonnene Sparpolitik dauert bis heute an: Laut „Bildungsbericht 2008“ ging der Anteil der Bildungsausgaben am BIP von 6,9 Prozent im Jahr 1995 auf 6,3 Prozent im Jahr 2005 und auf 6,2 Prozent im Jahr 2006 zurück.⁸

Insofern könnte es ein erfreuliches Signal sein, dass Ende 2008 auf dem „Bildungsgipfel“ in Dresden von der Regierung Merkel eine Anhebung der Bildungsausgaben bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Ziel erklärt wurde. Leider gab es jedoch keinerlei Beschlüsse oder gar verbindliche Zusagen, wie viel der Bund, die Länder, die Kommunen und – nicht zu vergessen – wie viel die Wirtschaft beitragen sollen und wollen.⁹

„Wären auch im Jahr 2005 wie 1995 6,9 Prozent des BIP für Bildung aufgewendet worden, hätten dem Bildungsbereich rund 13 Mrd. Euro mehr zur Verfügung gestanden“, stellt die Autorengruppe Bildungsberichterstattung zu Recht fest.¹⁰ Auf ein Vielfaches dieses Betrages hat man derweil im gleichen Zeitraum durch die Senkungen etwa der Unternehmensteuern verzichtet – allein im letzten Jahr auf weit über 5 Mrd. Euro. Von den Kreditgarantien für die Hypo Real Estate oder für die Landesbanken in zweistelliger Milliardenhöhe oder gar vom Rettungspakt zur Stabilisierung des Finanzsystems im Umfang von fast 500 Mrd. Euro ganz zu schweigen. Vergleicht man das Rettungspaket für die Banken mit den Ergebnissen des Bildungsgipfels, ist man geneigt, den altbekannten Slogan wie folgt abzuwandeln: Bei den Banken sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!

Die feindliche Übernahme der Hochschulen – Bertelsmann als „Reformmotor“

Die „Reformer“ setzten an den real existierenden, jedoch politisch gezielt herbeigeführten Problembereichen der Hochschule an und verkauften ihre „Reformangebote“ als alternativlose Wege aus der Misere. Der Verschlechterung der öffentlichen Leistungen auf vielen gesellschaftlichen Feldern folgten Kampagnen, die das staatliche Angebot diskreditierten, verbunden mit dem Versprechen, Markt und Wettbewerb könnten alles besser als der Staat. Zermürbt von Überlast, systematischer Unterfinanzierung und einer allgemeinen Professorenschelte hatten die Hochschulen der feindlichen Übernahme durch die „Reformer“ von außen nichts mehr entgegenzusetzen.

Ohne die finanzstarken Propagandisten aus der „freien“ Wirtschaft wäre es schwerlich so weit gekommen. Wie beim Abbau des Sozialstaats wurde das vorsätzlich ausgehungerte staatliche Hochschulsystem von ihnen zum Sündenbock für die Probleme der Hochschullandschaft gemacht. Der wirkmächtigste Motor für die Hochschulreformgesetze war die Bertelsmann Stiftung und

8 Autorengruppe Bildungsberichterstattung, *Bildung in Deutschland 2008*. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I, Gütersloh 2008, S. 19.

9 Vgl. Wolfgang Lieb, *Absturz vom Bildungsgipfel – Die ‚Bildungsrepublik‘ eine Lachnummer*, www.nachdenkseiten.de/?p=3534.

10 Autorengruppe Bildungsberichterstattung, a.a.O., S. 30.

das 1994 gegründete, überwiegend von Bertelsmann finanzierte Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Das lässt sich etwa beim nordrhein-westfälischen „Hochschulfreiheitsgesetz“ gut belegen. Dieses Gesetz wurde nicht nur am Schreibtisch des CHE entworfen, sondern auch noch bis zu seiner Umsetzung in die Hochschulen durch das Haus Bertelsmann gesteuert: ausgehend von den „Zehn CHE-Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz für Nordrhein-Westfalen“ vom 15. Dezember 2005¹¹ über deren getreuliche Umsetzung in die „Eckpunkte des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes“ durch „Innovationsminister“ Andreas Pinkwart (FDP) vom 25. Januar 2006¹² und deren schulmeisterliche Bewertung aus Gütersloh¹³ bis hin zur Beauftragung des CHE durch das Ministerium, die Hochschulen bei der Umsetzung des Gesetzes zu „unterstützen“.¹⁴

Die Mission der Bertelsmann-Stiftung, die neben der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) eine der beiden CHE-Gesellschafter ist, gründet auf der „Überzeugung, dass Wettbewerb“ und „die Prinzipien unternehmerischen Handelns zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft“¹⁵ die wichtigsten Merkmale sind. Indem sich Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn voll auf die Deregulierung der staatlichen Universitäten konzentrierte, gab er sein ursprüngliches Engagement auf, die Private Universität Witten-Herdecke als „Stachel ins Fleisch“ der staatlichen Hochschulen zu setzen. Dieser Strategiewechsel folgte wohl der Einsicht, dass es viel effizienter ist, die weitgehend staatlich finanzierten Hochschulen wie private Unternehmen zu organisieren und in den Wettbewerb um Studiengebühren und ergänzende Drittmittel für die Forschung zu schicken. Über diese Konkurrenz lassen sich die Universitäten bestens nach den Verwertungsinteressen privater Nachfrager steuern.

Natürlich waren CHE und Bertelsmann-Stiftung bei ihren Kampagnen nicht allein, sondern verfügten über mächtige Mitstreiter. Wie der „Privatisierungsreport Nr. 6“ der GEW¹⁶ darstellt, gehören zu den wirtschaftsliberalen „Reformkräften“ etwa auch der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., der Aktionsrat Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), das Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. (IW), die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM), die McKinsey & Company Inc. und viele andere mehr. Unter dem Zwang der leeren öffentlichen Kassen und unter dem beschönigenden Etikett eines angeblich „zivilgesellschaftlichen Engagements“ griff der Staat die „gemeinnützigen“ Dienstleistungen solcher arbeitgebernaher Think-Tanks nur allzu gerne auf. Mehr noch: Der Staat, genauer: die amtierenden Regierungen zogen sich aus ihrer Verantwortung immer mehr zurück und überließen wichtige gesellschaftliche Bereiche wie etwa

11 Vgl. Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Zehn CHE-Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz für Nordrhein-Westfalen, 2005, vgl. www.che.de.

12 Andreas Pinkwart, Landespressekonferenz „Eckpunkte des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes“, 25.1.2006.

13 Vgl. CHE begrüßt Eckpunkte für NRW-„Hochschulfreiheitsgesetz“, sieht aber noch Entwicklungspotentiale.

14 Vgl. Pressemitteilung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie NRW vom 13.11.2006.

15 Vgl. www.bertelsmann-stiftung.de.

16 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hg.), Privatisierungsreport – 6. Schöne neue Hochschulwelt, Frankfurt a. M. 2008.

die Bildung oder die Hochschule gleich ganz den durch nichts als durch viel Geld und durch wirkungsmächtige Propagandamittel ausgewiesenen Selbsthilfekräften „bürgerschaftlichen Engagements“. Das Ergebnis war die Idee der „selbstständigen Schule“ oder der „unternehmerischen Hochschule“, die sich aus diesem rein (einzel-)unternehmerischen Staats- und Gesellschaftsverständnis speist.

Paradigmenwechsel durch Studiengebühren mittels pseudoökonomischer Begründungen

Exemplarisch lässt sich der grundlegende Paradigmenwechsel hin zur „Verbetriebswirtschaftlichung“ (Heribert Prantl) der Hochschulen an der massiven Kampagne zur flächendeckenden Einführung von Studiengebühren nachzeichnen: Von den 60er Jahren bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts gab es einen gesellschaftlichen Konsens, wonach Bildung ein „Bürgerrecht“ (Ralph Dahrendorf) sei und ein Studium als ein öffentliches, gemeinnütziges Gut betrachtet werden müsse, dessen Förderung ein allgemeines Anliegen und eine öffentliche Aufgabe zu sein habe. Seit den 70er Jahren waren alle Gebühren abgeschafft. Und noch 2002 verankerte eine Mehrheit im Bundestag im Hochschulrahmengesetz das Prinzip der „Studiengebührenfreiheit“.

Dabei hatte sich bereits in den 90er Jahren der Wind gedreht. Angestoßen von den Wirtschaftsverbänden und ihren Lobbyorganisationen setzte sich ab Mitte des Jahrzehnts eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise des Studiums durch. Wissenschaftliche Qualifizierung wurde nicht mehr in erster Linie als Fundament für die technologische Innovation und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft sowie als Element des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der demokratisch-kulturellen Entwicklung der ganzen Gesellschaft verstanden. Vielmehr gewann in der Hochschulpolitik mehr und mehr die Auffassung an Boden, dass ein Studium primär eine private Investition in die persönliche Beschäftigungsfähigkeit („Employability“) eines jeden einzelnen Studierenden sei. Dabei wurde die Propagandatrommel mit den immer gleichen Parolen in immer neuen Varianten gerührt: Angesichts der knappen öffentlichen Kassen bedürfe es eines höheren privaten Anteils an der Finanzierung der Hochschulen. Durch Studiengebühren entstehe ein „nachfrage- und preisorientierter Steuerungseffekt“ an den Hochschulen. Der „Kunde“ Student werde auf diese Weise „König“, da Studiengebühren mehr Wettbewerb unter den Hochschulen schafften und dadurch die Qualität des Studienangebots verbesserten. Die höhere Kostenbeteiligung der Studierenden führe zu effizienterem Studierverhalten und damit auch zu kürzeren Studienzeiten. Kurzum: Am Ende sollte eine *Win-win*-Situation für alle Beteiligten stehen.

Alle diese Argumente entstammen jedoch nicht wissenschafts- oder bildungstheoretischen Überlegungen. Sie sind darüber hinaus in ihrer vorgeschobenen ökonomischen Begründung völlig falsch. Einmal ganz davon abgesehen, dass wir soeben angesichts der Finanzkrise schmerzlich erfahren müssen, dass Wettbewerb und Deregulierung keineswegs Garanten für Effizi-

enz sind, sondern ohne staatliche Rahmensetzungen geradewegs in die Katastrophe führen: Nachweisbar sind die öffentlichen Kassen vor allem durch den „Steuersenkungswahn“ der vergangenen Jahre so klamm geworden. Die Kritik daran wird auch an den Hochschulen geradezu mit einem Denktabu belegt. Stattdessen hat sich ein pseudoökonomisches Denken breit gemacht. Dabei lernt man als Betriebswirt schon im ersten Semester, dass es unter den Bedingungen eines knappen Angebots und eines Nachfrageüberhangs nach Studienplätzen (der in immer schärfer werdenden Zulassungsbeschränkungen zum Ausdruck kommt) nach den ökonomischen Regeln noch lange nicht zu einem Qualitätswettbewerb kommt, sondern schlicht zu einem höheren Preis für das Angebotene. Inzwischen sind deshalb Studiengebühren von bald 1000 Euro pro Jahr an deutschen Hochschulen die Regel – obwohl laut ZDF-Politbarometer vom Oktober 2008 nach wie vor fast zwei Drittel (64 Prozent) der Bevölkerung gegen Studiengebühren sind.¹⁷

Die Einnahmen aus Drittmitteln und Gebühren verzerren den Wettbewerb zwischen den Hochschulen noch stärker als bisher, zugunsten großer Hochschulen in Ballungsräumen bzw. in attraktiven Städten. (Das belegen auch die Ergebnisse der sogenannten Exzellenzinitiative.) Wie wenig die Anhänger eines „nachfrageorientierten Steuerungseffekts“ ihrer Glaubenslehre selbst trauen, zeigt sich aber am deutlichsten darin, dass die allermeisten Studiengebührenbefürworter die Forderung nach einer Studiengebühr obendrein mit einem Auswahlrecht der Hochschule verknüpfen. Die eigentliche Grundvoraussetzung einer Nachfragesteuerung, nämlich der freie Marktzugang des Kunden, wurde also gleich wieder außer Kraft gesetzt. Nicht der „Nachfrager“ Student, sondern der „Anbieter“ Hochschule sucht sich seine ihm passenden „Kunden“ aus. So viel zur Behauptung, wonach der Kunde Student heute angebliche König ist.

Dass es sich bei alledem um interessengeleitete Begründungen handelte, beweist vor allem die Tatsache, dass die elementare Regel, wonach ein höherer Preis die Nachfrage senkt, offenbar ganz bewusst (und wider besseres Wissen) ausgeklammert wurde. Das Ergebnis dieses Pseudoökonomismus konnte man wir jüngst begutachten: Nach einer Studie des Hochschulinformationssystems (HIS) haben im Abiturientenjahrgang 2006 bis zu 18000 Studienberechtigte aufgrund der Gebühr von einem Studium Abstand genommen. Dabei handelt es sich vor allem um Frauen und Jugendliche aus den sogenannten bildungsfernen Schichten.¹⁸ All dies geschieht, obwohl die Bundesrepublik im europäischen Vergleich bei der Zahl der Studienanfänger und -absolventen weit unterhalb des angestrebten und international üblichen Anteils bleibt. So musste unlängst selbst die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, selbstkritisch feststellen, dass die Ziele des Bologna-Prozesses noch nicht erreicht sind, im Gegenteil: „Die gewünschte Mobilität ist gesunken statt gestiegen, die Quote der Studienabbrecher ist nach wie vor zu hoch.“¹⁹

17 Vgl. ZDF-Politbarometer, 24.10.2008.

18 Vgl. Christoph Heine, Heiko Quast und Heike Spangenberg, Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien, HIS: Forum Hochschule 15, Hannover 2008.

19 Vgl. Tobias von Heymann, Der lange Weg nach Bologna, in: „Welt am Sonntag“, 10.5.2009.

Und bei der ersten internationalen Bilanz nach zehn Jahren Bologna-Prozess Ende April in der belgischen Stadt Leuven bezeichneten die anwesenden Bildungsminister der 46 Staaten in ihrem Abschlussbericht das ursprüngliche Ziel, bereits bis 2010 die erforderlichen nationalen Rahmenstrukturen flächendeckend einzuführen, als „zu ambitioniert“. Tatsächlich haben bislang lediglich sechs Staaten die Richtlinien zum wechselseitigen Zertifizieren von Studienleistungen voll umgesetzt. Vor allem die Deutschen erwiesen sich besonders anpassungswillig und autoritätsgläubig.

Durchstudieren und durchregieren

Die sozialen Konsequenzen der angeblichen Liberalisierungsmaßnahmen seit der Konferenz von Bologna sind dagegen bereits heute absehbar. Einerseits wird die zunehmende Spaltung der Gesellschaft zwischen finanziell starken Gebildeten und sozial schwachen Ungebildeten regelrecht zementiert. Die Bundesrepublik blockiert also die vormals angestrebte soziale Durchlässigkeit durch Bildung.

Andererseits werden durch den wachsenden Druck auf die Studierenden auch jene, die an die Universitäten kommen, immer mehr zum bloßen Schmal-spurstudium gezwungen. Orientierungs- und Suchbewegungen, wie sie etwa im Sinne eines *studium generale* stets üblich gewesen sind, werden regelrecht verunmöglicht. Durchstudieren oder genauer Durchpauken lautet heute das neoliberale Gebot der Stunde. Reflexion und kritisches Durchdringen des Stoffs gelten als Zeitverlust und werden geradezu zum Berufshindernis.

Das erklärt auch, warum es gegenwärtig an den Hochschulen zu keinen Protesten, ja nicht einmal zu größeren Diskussionsveranstaltungen über Ursache und Folgen der dramatischen Wirtschaftskrise kommt. „Angepasst, gleichgültig, konzeptlos, beliebig, unpolitisch, unsolidarisch“, so hat unlängst eine Studie der Universität Konstanz die heutige Studentengeneration charakterisiert.²⁰ Das ist ein höchst beunruhigendes Zeichen für die demokratische Kultur dieses Landes: Zu Zeiten der alten Bonner Republik waren die Universitäten stets der Hort produktiver Unruhe, von dem kulturelle und politische Anstöße ausgingen. Die gegenwärtige Apathie ist für die Regierenden gewiss von Vorteil, sprich: Das Durchregieren im Sinne Angela Merkels und der von ihr präferierten schwarz-gelben Koalition wird dadurch fraglos erleichtert. Die dringend gebotene Frage, was dieses Land sich heute und für die kommenden Generationen unter „gutem Leben“ vorstellt, bleibt dabei jedoch auf der Strecke. In dieser demokratischen Leerstelle dürfte vielleicht der gravierendste Kollateralschaden jenes neoliberalen Umbauprozesses der europäischen Hochschulen liegen, der vor zehn Jahren in Bologna in die Wege geleitet wurde.

20 Vgl. Tino Bargel, Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007, Bonn und Berlin 2008.